

Posener Zeitung.

1849.

Freitag den 19 Januar.

№ 15.

Inland.

Berlin, den 18. Januar. Se. Majestät der König haben Allerhöchste Befehl erlassen: Den bisherigen Corps- und Ober-Auditeur Günther, bei dem General-Kommando des 4ten Armeekorps zu Magdeburg, zum ordentlichen Mitgliede des General-Auditorats mit dem Prädikat eines Wirklichen Justizraths zu ernennen.

Der Ober-Landesgerichts-Rath Herr Steller zu Königsberg in Preußen ist zum Justiz-Kommissarius für den Kreis Friedland, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Vartenstein, ernannt worden.

Der Vice-Ober-Ceremonienmeister Freiherr von Stillfried ist nach Glogau abgereist.

Posen. — (Sitzung der Stadtverordneten vom 17. Januar.) Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. — Der Magistrat zeigt an, daß Herr Major v. Treskow als Stadtrath bestatigt und neulich auch schon eingewählt worden sei. — Das Gesuch an den Minister des Innern wegen Ausscheidens der Stadt Posen aus dem Provinzial-Feuerschutz-Vereine, vom Magistrat, der denselben beigetreten, übergeben, wird sofort vollzogen. — Das, aus den öffentlichen Blättern bereits bekannte, Ministerial-Reskript vom 28. December v. J., betreffend die Wahlen, ist von der Regierung dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung kommuniziert worden. — In die Einschlags-Kommission werden als neue Mitglieder erwählt: Herr Kommissions-Rath Baarh und Herr Kaufmann Utmann, zum Stellvertreter Herr Kaufmann Hr. Auerbach. — Dem Voten der Stadtverordneten-Versammlung, Herrn Sesselmann, wird auf seine Eingabe eine Gratifikation von 15 Thalern bewilligt, desgleichen dem Musiklehrer Herrn Lehner, der den Knaben der Wasin-Anstalt unentgeltlichen Gesang-Unterricht mit vielem Eifer erteilt, eine Gratifikation von 20 Thalern. — Der Kammerer-Kutscher Przytucki, der in der Cholerazeit viele Dienste geleistet und in großer Dürftigkeit lebt, und der Krankenwärter Wolniak sollen aus dem Cholera-Fonds, jeder eine Unterstützung von 10 Thalern empfangen. — Bei der Verpachtung der Stellen unter der Brodhalle sind 12 Stellen übrig geblieben. Der Zuschlag für die verpachteten Stellen wird erteilt, gleichzeitig (nach dem Antrage des Stadtverordneten Namroth) beschloffen, den Magistrat zu ersuchen, daß er die vakanten gebliebenen Stellen aus freier Hand, jedoch nicht unter 15 Thalern verpachten möge. — Herr Julius Bach, Pächter des Hofzolls, der mit der Summe von 215 Thalern im Rückstande geblieben, deshalb vom Magistrat verklagt und in erster Instanz verurtheilt worden ist, von der zweiten Instanz dessen einen günstigen Spruch erwartet, bietet einen Vergleich an. Die Versammlung beschließt auf einen Vergleich einzugehen, worauf dem Herrn Bach überlassen bleibt, dem Magistrat entsprechende Vorschläge zu überreichen, deren demnächstige Genehmigung die Versammlung sich vorbehält. — Eine Reihe von Consensibus wird erteilt. — Der Stadtverordneten-Vorsitzer Herr Knorr beantragt im materiellen Interesse der Stadt Posen, die Versammlung wolle ein Gesuch an das Staats-Ministerium dahin richten, daß bei der mit dem 1. April d. J. in Kraft tretenden Organisation der Justizbehörden die Hypothekensachen der abligen Güter den Kreisgerichten nicht übergeben werden, vielmehr hier verbleiben mögen, bis die Geschäftsverwaltung der hiesigen Landschaft beendigt und die letztere selbst aufgelöst sein wird. Die Versammlung, mit Ausnahme des Herrn Namroth und zweier anderen Mitglieder, tritt diesem Antrage bei und zur Entwerfung des betreffenden Gesuches wird eine Kommission aus den Mitgliedern Herren Müller, Wendlandt und Namroth erwählt. (Letzterer behält sich vor, in derselben seine Gründe gegen den beabsichtigten Schritt näher zu entwickeln.) — Der Schriftführer Herr Hirsch stellt den Antrag, Magistrat und Stadtverordnete wollen dahin übereinkommen, daß hinfort in ihrem gegenseitigen Schriftwechsel das hergebrachte Titularwesen von Wohlthätig u. s. w. weggelassen solle. Beide Theile, Stadtverordnete und der zahlreich vertretene Magistrat gehen sofort auf den Antrag ein. — Dasselbe Mitglied weist darauf hin, daß Herr Stadtverordnete Pilastki, der bei früherer Veranlassung gerade am energischsten gegen die Versammlung der Sitzungen protestirt, in den letzten vier Sitzungen nach einander geschwiegen habe. Er fragt deshalb bei dem Herrn Vorsitzenden an, ob das genannte Mitglied genügende Entschuldigungsgründe beigebracht habe, und was andernfalls der Vorsitzende zu thun gedenke. Der Befragte erklärt die Entschuldigung des Mitgliedes für unzureichend und daß er sich vorbehalte, nach Maßgabe des bezüglichen §. 39. der Geschäftsordnung zu verfahren. — Der Vorsitzende schließt darauf die Sitzung gegen 6 Uhr, nachdem er zuvor noch für die nächste Sitzung die Wahl eines neuen unbefoldeten Stadtrathes in der Person eines Schulmannes an die Stelle des dies Amt niederlegenden Herrn Professors Czwalina verkündigt hat.

* Posen, den 18. Januar. Der entscheidende Tag der Wahlen rückt uns immer näher; ein ernst Geschäft sieht uns bevor, das einiger Sammlung bedarf, um des erwünschten Zieles nicht zu verfehlen. Ueber diesen Text ist nun aber schon so viel Erbauliches gesprochen und geschrieben, daß es Wasser ins Meer tragen heißt, die Fluth der Ermahnungen und Betrachtungen, womit die verschiedenen Parteien das Land überschwemmen, noch um Eins zu

verstärken. Wir unterlassen es daher, die folgeschwere Wichtigkeit gerade der diesmaligen Wahlen des Breiteren hervorzuheben, indem wir der festen Ueberzeugung leben, daß die drausenden Stürme des vergangenen Jahres nachgrade doch die Wirkung gehabt haben müssen, die Gleichgültigkeit gegen politisches Leben zu brechen. Und wenn die Macht der selbstlebten Ereignisse aus dem andauernden Schlaf nicht aufzurütteln vermochte, an den ist ja doch auch jedes weitere Wort verloren und in den Wind gesprochen. Den regsten Eifer für die wirkliche Mitbetheiligung aller zur Wahl Berechtigten nehmen wir als stillschweigende Voraussetzung; wer ohne den dringendsten Anlaß aus dem Wahlplatze zu erscheinen verabsäumt, ladet nicht geringere Schuld auf sich, als jener Pflichtvergeßene, der beim allgemeinen Aufgebote sich still zur Seite drückt und dem Vaterlande den Tribut seiner Kräfte versagt. In der Zusammenfassung der Kammern soll ein scharf gezeichnetes Bild der Wünsche und Interessen, von welchen das Volk besetzt ist, der Regierungsgewalt vor Augen treten; alles was als lautes oder leises Verlangen im Schooße der Nation sich regt, soll im genauen Verhältniß der Dringlichkeit, im Verhältniß des größern oder geringern Anhanges, den es im Volke gefunden, sich eine richtig abgestufte, schwächere oder stärkere Stimmenzahl im hohen Rathe der Volksvertreter gewinnen. Hinter einem jeden Abgeordneten stehen so und so viele Tausende Urwähler, die in seinem Votum ihre einzeln verhallenden Stimmen zu einem einzigen mächtig anschwellenden Ton verschmelzen lassen. Wie soll nun aber eine der Wirklichkeit angemessene Stimmenvertheilung herauskommen, wenn auf der großen Orgel, „Volkswille“ genannt, ganze Register oder auch nur einzelne Tasten willkürlich verstummen und den Ton versagen? Die innere Lebensfähigkeit einer Nation, diese in tausendfältigen Contrasten sich bewegende und doch harmonisch zusammengehaltene Aktion der Gemüther, bildet eine so großartige Fuge, wie kein sterblicher Componist sie zu erkennen vermöchte; denn der schaffende Geist der Geschichte hat selber sie gedichtet. Der gesetzgebenden Gewalt liegt es ob, diese Composition naturgetreu zu erfassen, ihren Rhythmus in Worten zu fixiren und so die eigene in ihm selbst ruhende Norm, welcher der Volksgestirbt gehorcht, als ein aus der Verborgenheit zu Tage gefördertes Gesetz desselben offenkundig darzulegen. Aber nur so weit als sie laut wird und sich dem Ohr mit überwiegender Schärfe vernehmlich macht, kann diese innere Stimme sich Geltung verschaffen. Die Majorität diktiert das Gesetz, ihre Lesart muß als die allein richtige betrachtet werden, und wird auch immer als die allein richtige in Wirklichkeit sich bewähren, wenn jeder Urwähler das Seine dazu beigetragen hat, die Erzeugung einer falschen Majorität zu verhüten. Es giebt für ein Land kein größeres Unglück als eine gesetzgebende Majorität, die Recht behält und doch nicht Recht hat, welche Gesetze erhebt, die nicht die ächten, dem Volksgestirbt selbst entsprossenen Gesetze sind, und dadurch die Lebensfähigkeit der Nation in eine wackerstrebende Richtung hineinzwingt. Ein so geschöpftes Gesetz muß vermöge der legalen Form seiner Entstehung bis zu seiner etwaigen Beseitigung auf eben so legalen Wege immerhin sich die volle Achtung erzwingen, wie sehr auch das Bewußtsein gegen den Inhalt sich sträubt. Aber in diesem Zwiespalt zwischen Form und Inhalt wurzelt die Spannung der Gemüther, welche aus ihrer Höhe zum Wahnsinn führt und in der Raserei des revolutionären Ausbruchs sich emuldet, um gewaltsam den Umsturz des formell gesetzlichen und doch unerträglichem Zustandes herbeizuführen. Denke darum keiner mit fahrlässiger Verzichtleistung auf sein Wahlrecht, daß die einzelne Stimme eines Urwählers nur wenig ins Gewicht falle, und ohne Schaden zurückbleiben könne. Die eine ausbleibende Stimme verstärkt die Gegenpartei um einen doppelt so großen Zuwachs; die richtige, dem wirklichen Volksleben entsprechende Farbenmischung des Reichstages wird, wenn eine solche Langzeit erst Eingang gefunden, vollkommen gestört; die Physiognomie der Volksvertretung zeigt dann nicht mehr das ächte, sondern ein verschobenes, verzerrtes Bild des außerhalb der Kammern sich bewegenden Originals, es entstehen Scheinmajoritäten mit allen in ihrem Gefolge vorkommenden Uebelständen. Die Betheiligung an den Wahlen ist demnach eben so sehr eine Pflicht als ein Recht, und wer die Ausübung verabsäumt, verstößt nicht bloß gegen sein eigenes, persönliches Interesse, dessen Vertretung schwächer ausfällt als es sollte; die Verletzung reicht weiter, und erstreckt sich mit ihren Wirkungen bis zu einer Tiefe, die sich jeder klaren Berechnung entzieht.

○ Aus dem zu reorganisirenden Theile der Provinz, den 16. Januar. Bekanntlich müssen die Geistlichen, die 500 Thaler jährlicher Einkünfte haben, zu den Neu- und Reparaturbauten der Pfarrgebäude beitragen, doch gab es bis vor vier Wochen nur sehr wenige, die sich eines solchen Einkommens erfreuten, und die Last der Neu- und Reparaturbauten ruhte einzig und allein auf dem Patron und den Eingepfarrten, denen man das „liebe Gottes-Wort“ so vertheuerte und verleidete, als den Bewohnern Erfurts vor Jahr und Tag das Salz. — Jetzt indeß, wo es sich um die Wahlen für die I. Kammer handelt, tauchen Geistliche mit 500 Thlr. Gehalt, wie Pilze aus der Erde, auf, und es fragt sich nun, sind dieselben wirklich berechtigt, an den Wahlen Theil zu nehmen? Wir würden die Frage bejahen, dabei aber voraussetzen, daß durch die zeitige Erklärung sich die Geistlichen entsprechender Verpflichtungen für die Zukunft unterziehen. Aus diesem Grunde hoffen wir auch, daß nächstens die fünfshundertthaler-Männer auch in angemessener Weise zu den Steuern herangezogen werden.

Berlin, den 16. Januar. Das „Central-Comité für völkthümliche Wahlen im Preussischen Staate“ sucht als Organ der Linken besonders durch Flugblätter zu wirken, die es verbreitet. Diese Blätter sind in populärem Tone gehalten und besprechen sowohl ver-

schiedene Punkte der Verfassung vom 5. December als der Verwaltungsmaßregeln der Regierung. Daß dabei die Finanzfrage eine Hauptrolle spielt, versteht sich fast von selbst. Ergiebigen Stoff zur Besprechung liefert dabei besonders der bekannte Bericht des Finanzausschusses der Nationalversammlung, wo einzelne berichtigte Liquidationen, wie die für die Reise von Berlin nach Sanssouci so wie für andere Reisen, etwas leichtes Spiel machen. Wunderlich aber klingt es, wenn diese Männer des Central-Comité's, die doch auch für die arbeitenden Klassen schreiben und gerade unter diesen wirken wollen, wenn sie als verschwenderische Ausgabeposten auführen die Summen, die für größere Bauten ausgegeben sind. Als ob nicht gerade dadurch in der schönsten und edelsten Weise die Staatseinkünfte dem zahlenden Volke wieder zu Gute kämen.

Von der Expedition desselben Central-Comité's wird noch ein Flugblatt ausgegeben: „Brennöl's Wahl-Bericht. Politisches Gespräch vom Freiherrn von Weiser-Nimptsch, Major a. D. Kammerherrn u. c.“ Wenn man nicht bestimmt wüßte, daß dieser Freiherr, Major und Kammerherr sehr nach links weist und eine Rolle ungefähr wie Graf Reichenbach oder die anderen demokratischen Grafen spielen zu wollen scheint, so würde man zu dem Gedanklein hingedrängt, er trete nur scheinbar auf Seiten des demokratischen Central-Comité's, um als vermeintlicher Freund im Heerlager der Demokraten desto größeren Schaden anrichten zu können. Dieses „politische Gespräch“ ist so entsetzlich fade, so ohne jeden Schimmer von Weisheit, daß wenn noch zwei oder drei ähnliche Produkte unter der Firma dieses Central-Comité's erscheinen, die Wirksamkeit desselben für immer vernichtet sein dürfte.

Berlin, den 16. Januar. (N. 3.) In dem Ministerio für die geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten wird zur Vorlage für die nächstens zusammentretenden Kammern ein alle Zweige des Unterrichtswesens umfassendes Gesetz vorbereitet. Dasselbe hat auch über die Schullehrerbildung die nöthigen Festsetzungen zu treffen. Zur Vorbereitung des hierauf bezüglichen Theiles des Gesetzes entwarf der Herr Minister die praktische Erfahrung einzelner Direktoren und Lehrer an den Schullehrer-Seminaren entgegenzunehmen gewünscht. So fanden sich auf die an sie ergangene Aufforderung heute Vormittag 10 Uhr in dem Ministerialgebäude zusammen: Aus der Provinz Preußen der Direktor Hagelweide von dem evangelischen Seminar in Angerburg und der Direktor Hentschel von dem katholischen Seminar aus Graudenz; aus der Provinz Pommern der Direktor Kunder von dem evangelischen Seminar in Kammin; aus der Provinz Posen der Direktor Ritche von dem katholischen Seminar in Posen; aus der Provinz Schlesien der Direktor Fürbringer von dem evangelischen Seminar in Bunzlau, und der Oberlehrer Rendschmidt von dem katholischen Seminar in Breslau; aus der Provinz Brandenburg der Direktor Bornmann von dem Lehrerinnen-Seminar in Berlin und Lehrer Hinz von dem evangelischen Seminar in Berlin; aus der Provinz Sachsen der Lehrer und Musikdirektor Hentschel von dem evangelischen Seminar in Weiskensfeld; aus der Provinz Westphalen der Seminar-Direktor Vormbaum vom evangelischen Seminar zu Petershagen und der Direktor Röschling vom katholischen Seminar zu Bären; aus der Rhein-Provinz der Direktor Zahn von dem evangelischen Seminar zu Meurs und der Lehrer Büscher von dem katholischen Seminar in Kempen. Der Herr Minister begrüßte die Versammlung mit einer Rede. Er bedauerte, daß die Verhältnisse es nicht gestattet hätten, auch diese Versammlung, wie andere in dieser Zeit zu ähnlichen Berathungen zusammenberufen, aus der freien Wahl der Lehrer hervorgehen zu lassen; er glaube jedoch, daß in den nach seiner Wahl Einberufenen die verschiedenen auf dem vorliegenden Gebiet zur Erscheinung kommenden Richtungen vertreten seien. Er fordere nun die Versammelten zu freier Mittheilung ihrer Ansichten und Erfahrungen auf, und er hoffe, daß bei dem Eifer für die Sache und bei der Ueberzeugung von der Wichtigkeit derselben, die er bei den Versammelten voraussetzen sich berechtigt halte, er sich heilsame Erfolge für die Gestaltung und Fortentwicklung des Volksschulwesens von den bevorstehenden Berathungen versprechen dürfte. Der älteste der Angeredeten, Lehrer Rendschmidt, sprach darauf in einigen Worten dem Herrn Minister den Dank der Versammelten aus, und diese begannen darauf unter dem Vorsitze des Herrn Geh. Reg.-Raths Stiehl ihre Berathungen. Man vereinigte sich heut über die beiden Fälle: 1) Der Staat sorgt durch vollständig organisirte öffentliche Seminarien für die Bildung der Volksschullehrer. 2) Jede Provinz erhält die für sie erforderliche Anzahl von Seminarien, die aus allgemeinen Staats- oder Provinzial-Schulfonds unterhalten werden. Ein Seminar soll nicht mehr als höchstens 60 Zöglinge haben. — Die begonnenen Besprechungen werden täglich fortgesetzt.

— Das Staats-Ministerium soll den Beschluß gefaßt haben,

daß sämtliche Behörden sich künftig in ihren Correspondenzen der Prädikate „Hochlöblich, Hochwürdig“ u. s. w. gänzlich enthalten sollen.

Berlin, den 17. Januar. Vor einigen Tagen ging durch verschiedene Blätter eine „Enthüllung der Wahl-Operationen der Demokraten“, in der Herr Waldeck für Berlin eine große Rolle spielte; gleichzeitig war ein wunderlicher Brief erwähnt, den Herr W. an den Redakteur der Oder-Zeitung in Breslau geschrieben haben sollte. Gegen diese Anklagen rechtfertigt er sich heute durch folgendes Schreiben an den Redakteur der Spen. Ztg.:

„Sie haben in Ihrer Zeitung vom 9. Januar eine Bekanntmachung unter dem Titel: „Enthüllungen der Wahl-Operationen der Demokraten“, welche von „dem Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen“ erlassen sein soll, mitgetheilt. Alles, was dies Pamphlet über meine Thätigkeit bei den jetzigen Wahlbewegungen enthält, ist unwahr; ich weiß nichts von der Existenz eines hinter dem Comité für volkshühliche Wahlen stehenden geheimen Ausschusses, bin nicht Mitglied eines solchen, und habe an der Leitung der Wahlsache hier in Berlin gar keinen Theil genommen, mir ist auch ein Plan für das Benchmen der Abgeordneten in den künftigen Kammern gänzlich fremd, und die Existenz eines solchen unbekannt. Der vollständige Inhalt jener Bekanntmachung, welchen die Kölner und Schleßische Zeitung bringen, giebt über den böswillig lügenhaften Charakter desselben Aufschluß. Sie enthält namentlich die infame Verleumdung, ich habe den dort mitgetheilten Brief an den Redakteur der Oderzeitung geschrieben, welcher mir gänzlich unbekannt ist und an den ich nie ein Schreiben erlassen habe. Die moralische Versumpfung derjenigen, die sich solcher trostlosen Kampfmittel bedienen, macht einen betrübenden Eindruck für jeden, dem die politische Ausbildung unseres Vaterlandes am Herzen liegt.“

Waldeck.

— Wer mit einiger Aufmerksamkeit die Stimmung der hiesigen Bevölkerung in Bezug auf die bevorstehenden Wahlen beobachtet, wird sich nicht verhehlen können, daß sich überall eine große Vorliebe gegen Einflüsterungen demokratischer Parteigänger kund giebt. Besonders ist es insbesondere, wahrzunehmen, daß ein gewisser corporativer Geist in der Bürgerschaft erwacht ist, welcher endlich erkennt, daß die Bürgerschaft selbst aus ihrem eigenen Kreise Männer zu wählen im Stande ist, welche würdig sind, die Hauptstadt in den bevorstehenden Kammern zu vertreten. Es ist Thatsache, daß eine überaus große, und täglich mehr anwachsende Zahl von Bürgern, welche durch den Umfang ihres Gewerbebetriebes und durch ihre sonstigen bedeutenden Eigenschaften sich der allgemeinen Achtung erfreuen, zusammengetreten sind und beschlossen haben, nach Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß nur Männer aus den Bürgern der Stadt gewählt werden. Wir wünschen diesen Männern Glück zu dem Wiedererwachen des Bewußtseins einer corporativen Kraft, welche seit den Märztagen leider so oft vermisst worden ist. Wir wünschen ihnen Glück dazu, daß sie sich lossagen von Einflüssen, welche der Stadt nicht angehören, und einer so großen städtischen Corporation gegenüber niemals hätten festen Boden gewinnen sollen. Es wird der Stadt zum Ruhm gereichen, nur ihre wackeren Bürger als Vertreter auf den Bänken der Kammern zu sehen.

— Der Armeebefehl, welchen Sr. Maj. der König am 1. d. M. an die Armee erlassen, wird jetzt auf Kosten mehrerer zusammengetretenen Patrioten mit sinnreichen allegorischen Verzerrungen auf einem besonderen Blatte abgedruckt und dann zum Andenken an die Armee vertheilt werden.

— Die von den Herren Hänel und Schumann in Moabit angeregte menschenfreundliche Idee zur Begründung einer Preussischen National-Invalidentasse, findet großen Anklang. Nach einer Berechnung dürften ungefähr 82,000 invalide Arbeiter in Preußen jene Kasse in Anspruch nehmen. Letztere soll ihre Geldkräfte nicht nur aus Collecten, Legaten und Unterstützungen des Staates, sondern hauptsächlich aus dem monatlichen Beitrag von 6 Pfennigen eines jeden Arbeitsfähigen ziehen.

— Die Obergerichte werden nach der neuen Organisation der Gerichte in Zukunft den Namen Appellationsgerichte führen müssen. Das Kammergericht hat der künftigen Annahme dieses Namens schon jetzt dadurch vorgebeugt, daß es bei dem Justizminister um Verbeibaltung des Namens Kammergericht vorstellig geworden sein soll. Als Grund soll das Alter dieses Namens, und die Achtung, in welcher das Kammergericht stets nicht nur beim Preussischen Volke, sondern auch beim Auslande gestanden, angeführt worden sein.

Lübeck, den 14. Januar. Nach der „Vörs.-G.“ besteht die Lübeckische Flotte zu Anfang dieses Jahres aus 73 Schiffen, von zusammen 5,185 Tonnen Last. Außerdem sind auf den Werften im Bau 2 Fregatten, 2 Barken, 1 Brigg und 1 Schoner. — Eine interessante Denkschrift: „Lübeck's nordischer Handel, unter Berücksichtigung seiner Bedeutsamkeit für die Deutsche Fabrikation,“ nach amtlichen Quellen bearbeitet, ist jetzt erschienen und soll dazu dienen, die complicirten Interessen darzustellen, welche Lübeck bei der Zoll-einigung zu berücksichtigen hat. — Es erscheint hier unmöglich, auf unserem Gebiet das Heer um 2 pCt. zu vermehren. — Der Senat hat über die Publikation der Grundrechte ernsthafte Beratungen gepflogen, doch haben dieselben noch zu keinem Resultate geführt.

Altona, den 15. Jan. In Schleswig mehren sich die Proteste gegen einen Frieden, dessen Basis eine Trennung Schleswigs von Holstein wäre. Deshalb sind Adressen an die Frankfurter Nationalversammlung von dem Stadtcollegium von Tönning, den Landchaften Eiderstadt und Stapelholm, auch aus Flensburg und Husum abgegangen. — Ein nach Tönning gehörender Schoner soll von den Dänen aufgebracht worden sein. Wieder ein Beispiel des Waffenstillstandsbruchs.

Aus Schleswig-Holstein, den 15. Jan. Der Gedanke

*) Die Glaubwürdigkeit des von demselben Verein mitgetheilten Schlachtplans der Demokraten (s. vorgestr. Zeit.) ist nach solchen Präcedenzen leicht zu erweisen.

einer Sonder-Constituierung des Herzogthums Schleswig zwischen Holstein und Dänemark findet in den Herzen der Landesbewohner den lebhaftesten Widerspruch; dies giebt sich kund in den Manifestationen, welche sich in Holstein, wie in Süd- und Nord-Schleswig durch zirkulirende Adressen, die an das Reichs-Ministerium und unmittelbar an die Friedens-Unterhändler in London abgesandt werden sollen, äußern. Was dieser Entrüstung einen tieferen nationalen Halt gewährt, ist eine von der als dänischgefinnt verschrieenen Stadt Flensburg gestern nach Frankfurt gesandte, mit einigen Tausend Unterschriften versehene Adresse, in welcher es ausgesprochen ist: „die Reichsversammlung und das Reichs-Ministerium wollen darauf hinwirken, daß bei einem etwaigen Friedens-Abschlusse Schleswig in seiner Verbindung mit Holstein als Theil des Deutschen Bundesstaats anerkannt werde.“ Daß man andererseits auf jedwede Eventualität sich vorzubereiten für gut findet, zeigt die rastlose Thätigkeit in der Artilleriewerkstätte in Rendsburg, die Befestigung des Kieler Hafens u. s. w.

Wie wir hören, ist von einem Schleswiger Parlaments-Abgeordneten in Frankfurt die Aufmerksamkeit des Reichsministeriums auf den zur Anlage eines Kriegshafens vorzüglich geeigneten Flensburger Hafen gelenkt worden; es sind auch bereits einige Schreiben vom Reichsministerium an den Flensburger Magistrat eingelaufen, welche anfragen, ob sich der dortige Hafen zur Errichtung einer Flottenstation qualifizire und ob die Werthe der Art sind, daß Fregatten von 40 bis 60 Kanonen und Dampfschiffe ersten und zweiten Ranges auf demselben gebaut werden könnten. Das von patriotischer Gesinnung durchglühte „Kasino“ in Flensburg hat diese Angelegenheit zu der seinigen gemacht und aus seiner Mitte eine Marine-Kommission gewählt, welche sich mit besonderem Eifer der Prüfung dieser reichsministeriellen Vorfrage zu unterziehen beabsichtigt.

Frankfurt a. M., den 13. Jan. (Deutsche Ztg.) 151ste Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Vorsitzender Präsident Ed. Simon. G. Bessler erklärt die §§. 2. und 3. als wesentlich für den Deutschen Bundesstaat. Oesterreich aber wolle unverkennbar die Oesterreichische Gesamt-Monarchie. Er giebt dem ministeriellen Programme seine Zustimmung und schließt mit der Mahnung: Es ist die eilste Stunde und die Feinde sind ringsum. Zur That, welche die Deutschen Fürsten und Völker von uns erwarten, zur unerlässlichen That, damit die Einheit gewonnen werde! (Lebhafte Beifall.) Bogt von Sieben eifert in seiner bekannten Weise: Allerdings werde auf ein politisches Ungeheim hingewiesen, d. h. auf ein erbliches Kaiserthum. Daß man einen Bundesstaat mit den Dynastien begründen gewollt, daran werde das Werk scheitern. Bei den Vertretern der Deutschen Kaiser-Idee sei keine Kraft der That. — Der Redner kommt zu dem trostlosen Resultate: Machen Sie also, was Sie wollen — es wird nichts daraus. Praktisch ist es ganz gleichgültig, was hier beschlossen wird, weil alle Geltung desselben gleich unpraktisch. (Allgemeiner Beifall von der Linken.) v. Winkler entwickelt in geistvollem Vortrage die Gründe, die ihn bestimmen, dem ministeriellen Programme vollkommen beizupflichten. Allgemeine Härterkeit erweckt die Aeußerung, daß es ihm durchaus nicht gelungen sei, aus den Erklärungen des Herrn v. Schmerling irgend einen bestimmten Gedanken herauszufinden. Weiter rechtfertigt der Redner die Preussische Regierung hinsichtlich der durch v. Würth gegen sie erhobenen Beschuldigungen. Herr v. Würth hat besonders den Malmöer Vertrag und hat ihn eine Schmach des Vaterlandes genannt. Wie habe er, damals und bis vor kurzem im Ministerium befindlich, dann jemals eine Maßregel vertreten können, über die er eine so bestimmte Meinung hatte? (Donnerndes Bravo, Beifall von allen Seiten des Hauses spricht das Urtheil über die gestrige Rede des Herrn v. Würth.) Es sei geäußert worden, Friedrich Wilhelm IV. werde die Deutsche Krone nicht annehmen. Allerdings nicht kraft einer Usurpation, noch aber habe kein Hohenzollern sich seiner geschichtlichen Aufgabe entzogen. — Der Redner schließt mit den Worten: Ich endlich vertraue, es mag in Deutschland süß oder sauer ausfallen, daß das Deutsche Volk gefunden Sinn genug haben wird, um den Spruch zu verstehen: Trachtet zuerst nach dem Reiche der Macht, dann wird Euch das Andere Alles zufallen! (Lebhaftes Bravo von der Mehrheit, Zischen von der Linken des Hauses.) Bald darauf wird die Sitzung auf eine Stunde, d. h. bis 3 Uhr Nachmittags vertagt. Den neuesten Nachrichten zufolge, war Abends 6 Uhr eine Abstimmung noch nicht erfolgt.

Frankfurt a. M., den 13. Januar. Die D.-P.-A.-Z. bringt folgende Berichtigung: In der Extrabeilage zu No. 11. der „Oberpostamts-Zeitung“ heißt es: Ich habe gesagt, es sei unwahr, daß die Reichskommissäre am Abend des 5. December bei ihrer Heimkehr die vötrovirte Verfassung auf dem Tische gefunden hätten. Diese ungenane Darstellung ist geeignet, das wahre Sachverhältnis zu entstellen. Herr v. Würth hatte behauptet: die Reichskommissäre hätten dem Ministerpräsidenten Graf Brandenburg am 5. December die vötrovirte Verfassung abgerathen, und der Minister habe die Geneigtheit gezeigt, sie zu unterlassen; als sie aber nach Hause gekommen, hätten sie die Verfassung auf dem Tische gefunden. In diesem Verfahren würde eine Hinterlist des Preussischen Ministeriums, eine Geringschätzung der Centralgewalt in der Person ihrer Commissäre gelegen haben, und dies war auch die Pointe der Würth'schen Darstellung. Ich habe Ausweis des stenographischen Berichts erklärt: Es sei unwahr, daß uns Graf Brandenburg am 5. Dec. die Geneigtheit gezeigt, die vötrovirte Verfassung der Verfassung zu unterlassen, und wir zwei Stunden später die vötrovirte Verfassung auf dem Tische gefunden hätten, wie dies auch die „Deutsche Zeitung“ richtig mitgetheilt hat. Unrichtig ist es ferner, daß Herr Simon von Breslau die Aussage des Herrn Würth bestätigt habe. Er hat gesagt, Herr Simon oder ich, oder wir beide, hätten ihm erzählt: der Minister Graf v. Brandenburg habe uns in einer längeren Unterhaltung, in der wir uns auch gegen eine vötrovirte Verfassung ausgesprochen, nichts davon gesagt, daß die vötrovirte Verfassung bereits gegeben sei, und als wir demnächst nach Hause gekommen, hätten wir im „Preussischen Staatsanzeiger“ die Verfassung gedruckt gefunden. Obgleich auch diese Mittheilung des Herrn Simon nicht genau ist, da in der von Herrn Simon erwähnten Un-

terhaltung auch nicht mit einer Sylbe von der vötrovirung der Verfassung, sondern von ganz andern Dingen die Rede war, so ist doch die Differenz zwischen der Darstellung des Herrn v. Würth und derjenigen des Herrn Simon sehr leicht erkennbar. Hergenhahn.

— Auch Sachsen hat sich für Preußen erklärt. Die „Oberpostamts-Zeitung“ meldet: Wir erfahren so eben aus zuverlässiger Quelle, daß sich die Königl. Sächsische Regierung dahin erklärt hat, daß sie, da die bedeutenderen süddeutschen Staaten damit einverstanden schienen, auch ihrerseits kein Bedenken habe gegen die Uebertragung der einheitlichen Oberherrschaft über Deutschland an die Preussische Krone. Für den Fall jedoch, daß ein ernstlicher Widerstand von Seiten Süddeutschlands einträte, würde sie wenigstens wünschen, daß die Reichsregierung zunächst ohne Erblichkeit auf die Person des Königs von Preußen übertragen werde.

— Die glänzende Rede, welche Herr von Vincke in der eben beendeten Debatte in der Paulskirche gehalten, droht ihn abermals in einen persönlichen Streit zu verwickeln. Herr S. Deutsch aus Wien, der bekannte, thätige Mitarbeiter der Reichstagszeitung, wüthet in einem an den genannten Abgeordneten gerichteten Schreiben, weil derselbe in seiner „Königlich-Preussischen“ Rede die „glorreiche Oktober-Erhebung in Wien in der Meinung des Publikums dadurch zu trüben gesucht, daß er sie als durch Ungarisch-polnisch-sches Gold hervorgerufen bezeichne.“ Der Unterzeichnete — mit dieser indirekten Provokation schließt das Schreiben —, der das Glück hatte, an dieser Bewegung Theil genommen zu haben, könnte Ihnen das Ungegründete Ihrer Vermuthung aufs Schlagendste durch zwei aus dieser Bewegung erhellte gute schußfähige Pistolen beweisen, wenn Sie, Herr Ritter, nicht unlänglich dargethan hätten, daß Sie für jede praktische eindringliche Beweisführung nicht Zurechnungsfähigkeit genug haben.“ Das Weitere steht zu erwarten.

Koburg, den 11. Jan. Nachdem vorgestern der hiesige Bürgerverein eine mit mehreren Hundert gegen 2 Stimmen beschlossene Adresse, welche sich für erbliche Uebertragung der Deutschen Kaiserkrone an die Krone Preußens ausspricht, nach Frankfurt abgesendet hat, ist heute in der hiesigen Abgeordnetenversammlung mit entschiedener Stimmenmehrheit eine Adresse in gleichem Sinne beschlossen worden.

Gotha, den 15. Januar. Der hiesige Bürgerverein (800 Mitglieder), der Innungsverein (800 Mitgl.) und der Gesellenverein (2000 Mitglieder) haben unter dem 9. Januar eine drohende Protestation an die Frankfurter Versammlung erlassen, weil diese die Wünsche und Forderungen des Bürgerstandes gänzlich mißachte. — In unserer Abgeordnetenversammlung wurde beantragt, die Deutsche Reichsversammlung zu veranlassen, ihren Sitz hierher zu verlegen. Die Grundrechte sind, sammt dem dazu gehörigen Einführungsgesetz, publicirt worden und die Abgeordnetenversammlung wird dieselben nächstens unserer neuen Verfassung einverleiben. — Im Herzogthum Gotha, das 104,000 Einwohner hat und jetzt 700,000 Thaler jährliche Kammer- und Steuereinkünfte besitzt, betrug der Aufwand für das Herzogliche Haus und die Hofhaltung im Jahr 1848 218,762 Thlr., vor 14 Jahren kaum die Hälfte davon. In ähnlichem Verhältnis haben sich die Schulden des Landes vermehrt. — In Altenburg spricht sich die Stimme des Volkes laut für ein Anschließen an Sachsen aus.

Meiningen, den 12. Jan. Nachstehende, vom hiesigen Bürgerverein ausgehende und mit zahlreichen Unterschriften von Personen jedweden Standes bedeckte Adresse wird in diesen Tagen an die Deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt abgesendet werden:

Hohe Nationalversammlung! Der Augenblick der Entscheidung ist herbeigekommen. In einigen Tagen werden die Abgeordneten des Deutschen Volkes zu bestimmen haben, wer an die Spitze des neuerrichteten Deutschen Reiches treten solle. Dabei muß es sich entscheiden, ob wir Deutschen gelernt haben, Sonderinteressen und verzerrte Vorurtheile dem Wohle des Allgemeinen zu opfern. Denn von der Wahl des Reichsoberhauptes wird es abhängen, ob die eben vollendete Verfassung ein Blatt Papier oder eine Wahrheit sein soll. Die Unterzeichneten halten es für ihre Pflicht, als Deutsche Bürger, der hohen Nationalversammlung ihre Ueberzeugung, als Wunsch und Bitte, an das Herz zu legen, indem sie sich übereinstimmend mit den vielen schon eingegangenen Adressen dahin aussprechen: es möge die Krone Preußens an die Spitze Deutschlands gestellt und mit der erblichen Würde des Reichsoberhauptes bekleidet werden. Denn nur der größte, rein Deutsche Staat an die Spitze gestellt, wird das Deutsche Reich nach Augen mächtig, und nur die erbliche Würde die Regierung stark machen zu kräftiger Durchführung der Reformen im Innern. Die hohe Versammlung wird entscheiden; möge ihre Entscheidung dem Vaterlande segensbringend sein.

München, den 13. Jan. Der Legationsrath Hr. v. Arentin ist heute mit einer besondern Sendung an das Oesterreichische Kabinett nach Olmütz gereist. Diese Sendung bezieht sich wahrscheinlich auf die Deutsche Frage, wie auch die Minister Conferenz, von welcher wir neulich meldeten.

Von der Lahr, den 10. Januar. Es sind von hier in diesen Tagen zwei Adressen an die Reichsversammlung nach Frankfurt abgegangen, unterschrieben von Männern der verschiedensten politischen Ansichten, wovon die eine, sich der Erklärung des vaterländischen Vereines in Karlsruhe anschließend, sich gegen die Beschlüsse der Freihandelsmänner ausspricht. Die andere erklärt sich in sehr würdiger und energischer Sprache für ein erbliches Konstitutionelles Oberhaupt in Deutschland, und für die Uebertragung dieser erblichen Gewalt an Preußen. Es heißt darin u. a.: „Zumal wir Bewohner Badens sind aufs dringendste aufgefodert, mit unsern heißesten Wünschen ein kräftiges, einig's Vaterland herbeizurufen, und um dieses Kleinod zu erringen, die schwersten Opfer nicht zu scheuen, — denn wir in den Westmarken, an den Grenzen Frankreichs, von wo offenbar zunächst wieder Gefahr droht, wir wären die ersten wieder den schmachvollen Einfällen des übermüthigen Feindes bloßgestellt, wenn zur ewigen

Shande des Deutschen Namens die alte trostlose Zeit des politischen Blödsinns und der chlofen Fremdenhuherei, welche kein Ehrentmann mehr ertragen würde, über unser unglückliches Vaterland hereinbrechen sollte. Und wenn in Baden zuerst die unseligen republikanischen Sonderbestrebungen zu Tage kamen, so war wohl, wenigstens bei den ebleren Elementen derselben, eben die Ansicht hiezu bestimmend, daß mit den königlichen Thronen und den dynastischen Interessen ein einiges Deutschland zu versöhnen nicht möglich sei. In Bezug auf Oesterreich vertrauen die Unterzeichner der Adresse, daß die Herstellung einer innigen Wechselbeziehung und einigen Eidgenossenschaft der Vaterlandsliebe und Einsicht der National-Versammlung gleichfalls gelingen werde. So bewährt auch diese Adresse, wie der neueste Kammerbeschuß, wie warme Anhänger seiner Einheit und Macht Deutschland in seiner südwestlichen Bevölkerung besteht.

Ein interessanter Todesfall hat sich am 30. v. M. in Heilbronn ereignet, indem ein Mann von etlichen und 70 Jahren, der früher viel geistige Getränke zu sich nahm, in den letzten Monaten bedeutend erkrankt, sich deren natürlich enthalten mußte, des Morgens auf seinem Bette sitzend, verbrannt gefunden wurde. Alle Anzeichen lassen vermuthen, daß die Verbrennung durch Entzündung des Bauches oder dergleichen geschah; das Hemd war vorn herunter verbrannt, hinten nicht; eben so war das Bett nur wenig verkokt. Vor dem Leichnam lag ein Häufchen Asche, und die Ohren sollen, wie das Haar dabei, bis auf die Knochen verbrannt gewesen sein.

Wien, den 14. Jan. (Schles. Ztg.) Gestern Abend war das Gerücht, daß auf dem Falle Klausenburg die Untrigen auch noch eine anderweitige Schlapp in Siebenbürgen und Serbien erlitten hätten, allgemein verbreitet, ohne daß bis jetzt eine Bekräftigung oder Widerlegung erfolgt wäre. Es war der bekannte General Wem, welcher eine derartige Verstärkung der Insurgenten herbeiführte, daß Klausenburg aufgegeben werden mußte. Die Kolonnen des Obristen Jablonsky und Urban zogen sich gegen Distrik zurück. Major Graf St. Quintin war in einem Gefecht bei Sziala geblieben. Oberst Urban hatte sein Corps aus der ihm drohenden Gefahr ohne irgend einen Verlust gerettet, und nach dem hierher gelangten amtlichen Berichte bestand der Feind aus nicht mehr als 10—12,000 nur zum Theil regulären Truppen und ungefähr 15 Geschützen. Am wichtigsten erscheinen jedoch folgende beide Nachrichten, welche auf das Einschlagen einer conciliatorischen Politik hinweisen dürften. Den bei der ungarischen Insurgenten-Armee befindlichen K. K. Offizieren und Soldaten ist eine nochmalige Frist von 14 Tagen zur straflosen Rückkehr unter ihre Fahnen gegeben worden; — ein großer Theil der in Ungarn konfiszirten Güter soll unter gewissen Bedingungen zur Einlösung der ungarischen Anleihen und Entschädigung der schuldlosen Eigenthümer verwendet werden. Wie schon erwähnt, ist die Aufregung über diese Frage unter dem hiesigen Handelsstande sehr groß und die Schlichtung derselben würde den so sehr gesunkenen Handelsverhältnissen wieder einigermaßen aufhelfen. — Nach den neuesten Nachrichten aus Kremser war daselbst eine sehr düstere Stimmung vorherrschend. Ministerium und Reichstag erschienen trotz des eingeschlagenen Weges zur Vereinbarung mehr als je mit einander zerfallen; die ministeriellen Salons waren fast ganz leer und es erschienen nur die extremen Auswege in Aussicht: Auflösung des Reichstags oder Abtreten des Ministeriums. Insbesondere stellte sich der Miß zwischen Bach und Stadion ein, und daß die am Reichstage durchgehenden Grundrechte die Saktion erhalten würden. — Aus der Reichstagsitzung vom 11ten d. ist besonders hervorzuheben, daß die Rede Sidon's für Abschaffung des Adels einen Glanzpunkt derselben bildete und sich in vielen Stellen, so wie am Schlusse eines anhaltenden Beifalls zu erfreuen hatte. Dahin gehörten u. a. die Worte: „Bretien Sie den Fürsten von den Fesseln des Adels, damit er sich mit Männern aus dem Volke umgebe. Schneiden Sie den Nachwuchs ab. Trachten Sie, daß in Oesterreich nur ein Stand ist: der treue Staatsbürgerstand. — Der edelste Demokrat, den je die Welt sah, dieser wahre König von Gottes Gnaden als Sohn Gottes, wurde von dem Adel seiner Zeit ans Kreuz genagelt. Der Adel fand unsere Pharisäer!“ — Auch Machalsky sprach vom pol. Standpunkte für die Abschaffung des Adels. — Die vorgestrige Sitzung (vom 12ten) war unerheblich und wurde ganz durch Verlesen von Anträgen, Reichstagsrechnungen u. a. ausgefüllt. Bestätigt ward der Antrag des Abg. Wittner, in den Reichstagsverhandlungen so viel als möglich Lateinische, Griechische, Französische und Englische Worte zu vermeiden. Einhellig unterstützt ward auch der Antrag des Abg. Smolka, sämtliche Rigorosen-, Prüfungs- und Displomstaren anzuhoben. Die nächste Sitzung findet den 16. statt, und an der Tagesordnung ist die weitere Diskussion über die Grundrechte. — Im Ganzen hat der Wind, der von Kremser seit einigen Tagen herüberweht, hier auch einige Mitstimmung hervorgebracht. Unter den unteren Volksschichten herrscht noch immer ein Geist des Froges und der Widerspenstigkeit, wovon die öffentlichen Nachrichten täglich Belege geben. Noch immer finden sich vorgehern eine Munkete in einem Kellerloche versteckt gefunden. — Sämtlichen Nürnberger Waarenhändlern ist der Verkauf von Degen- und Stilettschöden aufs strengste untersagt worden.

Olmitz, den 8. Jan. (Const. Bl. aus Böhmen.) Das Spanische Kabinet hat in Bezug auf die gegenwärtige Lage des Papstes an alle katholischen Höfe und Regierungen Europa's nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Madrid, den 21. Dec. Verehrter Herr! Die Regierung Ihrer Majestät ist Willens, für den Papst Alles zu thun, was nöthig erscheint, um das sichtbare Oberhaupt der Kirche in jenen Zustand der Freiheit und Unabhängigkeit, Würde und Ansehen zurückzusetzen, welche die Ausübung seiner geheiligten Functionen gebieterisch erfordert. Deshalb wendete sie sich, unmittelbar nachdem die Nachricht zu ihrer Kenntniß gekommen war, der Papst habe sich gezwungen gesehen, von Rom zu fliehen, an die Französische Regierung, welche sich eben so bereitwillig geneigt zeigte, die Freiheit Sr. Heiligkeit zu unterstützen. Allein diese Unterhandlung kann heute für unzulänglich betrachtet werden, wenn man die Wendung, welche die Ereignisse in der Hauptstadt des Kirchenstaates nehmen, ins Auge faßt. Es

handelt sich nicht mehr darum, die durch Uebergriffe der eigenen Unterthanen bedrohte Freiheit des Papstes zu schützen, sondern dessen Autorität auf feste und beständige Weise herzustellen, indem diese selbst gegen jeden Schein von Zwang gesichert wird. Gew. wissen sehr wohl, wie eifrig stets die Regierungen der katholischen Nationen gewesen sind, dem Oberhaupte der Kirche eine wahrhaft unabhängige Stellung zu sichern. Die katholischen Mächte haben sich immer als die Garanten der weltlichen Souveränität des Papstes betrachtet. Diese Stellung ist von solcher Wichtigkeit für die ganze Christenheit, daß sie nicht der Willkür eines so kleinen Theils der katholischen Welt, wie die römischen Staaten, preisgegeben werden kann; Spanien glaubt, daß die katholischen Mächte nicht zugeben dürfen, daß die Freiheit des Oberhauptes der katholischen Kirche dem Gutdünken der Stadt Rom überlassen wird, und daß, während alle katholischen Nationen sich beeilen, dem Papste Beweise ihrer ertiesenen Verehrung darzubringen, eine einzige Stadt Italiens es wagen darf, seine Würde zu verletzen und den Papst in einen Zustand der Abhängigkeit zu versetzen, der eines Tages mit dem Mißbrauche selbst seiner religiösen Gewalt endigen könnte. Diese Betrachtungen bestimmten die Regierung Ihrer Majestät, die übrigen katholischen Mächte einzuladen, sich über die Art zu verständigen, wie die Uebel zu vermeiden seien, welche nothwendigerweise entstehen müssen, wenn die Dinge in dem bedauerlichen Zustande, in dem sie sich heut zu Tage befinden, fortaneren sollten. Um so löbliche Absichten der Verwirklichung entgegen zu führen, hat Ihre Majestät verordnet, sich an jene von Frankreich, Oesterreich, Bayern, Sardinien, Toskana und Neapel mit der Aufforderung zu wenden, ihre Bevollmächtigten zu ernennen und gleichzeitig den Ort zu bezeichnen, welchen sie für die Zusammenkunft als den geeignetsten ansehen. In der Absicht, Verzögerungen zu vermeiden, erlaubt sich die Regierung Ihrer Majestät, diese Residenz oder jede andere der an der mittelländischen Meeresküste gelegenen Spanischen Städte zu bezeichnen, sowohl wegen ihrer entsprechenden Lage als wegen der Ruhe, deren sich die Halbinsel erfreut, und da es sich um ein rein katholisches Unternehmen handelt, dürfte Spanien sehr geeignet als Ort für diese Unterhandlungen erscheinen. Ich benutze diese Gelegenheit etc. (gez.) Pedro J. Pidal.“

Lemesvar, den 27. December. Der von magyarischen Insurgenten besetzte Bergort Vogsán, aus welchem in letzterer Zeit einige Raubzüge gegen Ungos unternommen wurden, ist am Christabend von unseren Truppen nach einem hartnäckigen Kampfe eingenommen worden. Wer die Lage Vogsán kennt und weiß, daß dieser Ort, vom Mittelgebirge eingeschlossen, nur durch einen Engpaß, welcher durch Verhauene unwegsam gemacht war, zugänglich ist, daß die den Eingang in das Thal sowohl, als auch die dasselbe beherrschenden Anhöhen mit schwerem Gestein vom Feinde besetzt, der Ort selbst verschanzt und verbarrikadirt und von 1100 bis 1300 wohlbewaffneten Honvéds, mit welchen übrigens der größere Theil der Einwohner gemeinsame Sache machte, vertheidigt war, muß die Einnahme dieses Ortes mit so geringem Verluste als eines der gelungensten taktischen Manöver erkennen.

Zu gleicher Zeit mit Vogsán ist auch der Bergort Reschiza gefallen, wodurch der revolutionären Stückelperei ein Ziel gesetzt sein dürfte. Aus dem Banat, den 6. Januar. Gleich nach dem Tode des Wojwoden Sublicaz concentrirten sich die Magyaren von der Berzezer Seite in großen Massen und zogen in Eilmärschen bis Jabuka, wo sie mit Hülfe der Jabukaer, welche die Serbischen Verschanzungen ebneten, bis vor die Mauern von Pancsova rückten. Der Obercommandant der Serbischen Truppen, Oberst Mayerhofffer, commandirte die Serben in drei verschiedenen Richtungen. Als der Feind auf Schußweite vor Pancsova ankam, ließ er diese Stadt mit Bomben und Kanonen beschließen. Der Pancsowarer Lager Commandant ließ nun den so nahe angerückten Feind mit Kartätschen empfangen, und der kriegserfahrene Kricjanin suchte ihn zu umzingeln. Auf diesen unerwarteten Empfang geriethen die Magyaren in eine unbeschreibliche Verwirrung. Sie retirirten sich, von unserer geringen Truppenmacht verfolgt, mit Zurücklassung von drei Kanonen und einer Menge Todter und Verwundeter. Die magyarischen Truppen führte der General Kis an. Jetzt hat sich Kricjanin bei Uzidin gelagert und die Vorposten bis Idwor, zwei Stunden von Beckerek, aufgestellt. Draviza ist den Händen der Magyaren entfallen.

Semlin, den 5. Januar. General Theodorovich, aufgefördert vom Patriarchen, statt des verbliebenen Wojwoden das Commando über das Kriegsheer in der Serbischen Wojwodschast zu übernehmen, ist vorgestern hier eingetroffen und ging gestern nach dem Banate ab. Er hat an die Serben eine Proclamation erlassen, zugleich auch die Wallachen, die Deutschen und die katholischen Slaven ermahnt, daß sie mit den Serben gegen den Feind die Waffen ergreifen, denn er wügte und morde ohne Unterschied auch die Deutschen, Wallachen, Slovaken etc.

Ausland.

Paris, den 13. Januar. National-Versammlung. Schluß der Sitzung vom 12. Januar. Der Schluß dieser Sitzung war außerordentlich stürmisch, namentlich in Folge der Vorwürfe Obilon Barrot's, daß sich die National-Versammlung mehr mit der Regierung als mit dem Verfassungswesen beschäftige, und daß sich ihr Patriotismus verirre. Die Worte, wobei der Tumult am stärksten losbrach, waren ungefähr folgende: „Zwei Monate sind verlossen seit Proklamirung der Verfassung, zwei Monate sind verlossen, seitdem Sie die wichtige Pflicht fühlten, noch die organischen Gesetze zu Ihrem Verfassungswerke hinzuzufügen, und ich frage Sie, welches

ist das organische Gesetz, das Sie votirt haben?“ Tumult, den endlich Marraß beherrscht, indem er im Namen der Versammlung erklärt, daß sie das rethorische Budget, so wie eine Menge nöthiger Gesetze votirt und mehrere schwierige Commissionen gebildet habe. Sie sei täglich vier bis fünf Stunden beschäftigt gewesen. Das Resultat der Abstimmung, wie es vom Präsidenten verkündet wurde, war, daß die Versammlung mit 404 gegen 401 Stimme beschloß, den Ratauschen Antrag, wonach sie sich nach vorheriger Botirung der beiden dringendsten organischen Gesetze, des Wahl- und des Staatsrathsgesetzes, am 19. März sich auflösen soll, in Betracht zu ziehen.

Sitzung vom 13. Januar. Vice-Präsident Corbon eröffnet um 2½ Uhr die Sitzung. Fekeren, einer der Secrétaire, liest das Protokoll vor. Boursat, der darin zur Ordnung gerufen wird, protestirt dagegen. Marraß habe ihm nur mit dem Ordnungsruf gedroht. Soll berichtigt werden. Das Protokoll wird angenommen. Präsident: „Ich theile jetzt das definitive Resultat der gestrigen Abstimmung mit. Da mehrere Mitglieder doppelt gestimmt, so ändert sich das Resultat folgendermaßen: Zahl der Stimmenden 796, absolute Mehrheit 399, für die Erväigung des Ratauschen Antrages 400, dagegen 396. (Statt 404 gegen 401, wie es gestern hieß.) In Folge dieses Votums“, fährt Corbon fort, „zieht also die Versammlung den Ratauschen Antrag in Betracht und übergibt ihn einer Commission, die ihren Bericht abzuschließen hat.“ Etienne legt einen Rechnungs-Bericht über die Ausgaben der provisorischen Regierung für die National-Handwerkstätten nieder. Lacroisse, Minister der öffentlichen Arbeiten: „Ich ersuche das Haus, diesen Gegenstand bald zu erledigen. Viele Rechnungen sind noch unbezahlt; die Leute verlangen ihr Geld, ich trage also auf schnelle Berathung an.“ (Ja! Ja!) Die Versammlung nimmt nun die gestern abgebrochene Salzdebatte wieder auf. Es handelt sich um eine von Luneau und Crespel de la Touche beantragte Aenderung der Eingangszölle auf raffiniertes Salz des Auslandes. Randoing hält einen langen national-ökonomischen Vortrag, von dem aber nur wenig gehört wird, so groß ist das Geräusch. Präsident Corbon: Ich bitte diejenigen Mitglieder, die sich des Plauderns nicht enthalten können, es leiser zu thun oder sich in die Konferenz-Säle zu begeben. (Gelächter.) Randoing fährt in seinem Vortrage fort und beweist die Nothwendigkeit möglichst hoher Schutzzölle zu Gunsten der Nationalarbeit. Paffy, Kestner (Elfaß), Talon und Andere nehmen an der Debatte Theil. Man ruft: Zum Schluß! Willault verlangt die heimische Salzproduktion gegen die ausländische durch 3 und resp. 3½ Franken für 100 Kilogramme geschützt. Wird verworfen. Grandin schlägt 2½ Franken vor. Gleichfalls verworfen. Meaulle und Glais Bizioin beantragen schärfere Kontrolle der Salzverkäufer. Wird nicht angenommen. A. Fould beantragt eine parlamentarische Untersuchung der gesammten Salzverhältnisse in Frankreich. Desmesmay unterstüßt diesen Antrag unter Ludwig Philipp bezweckten, aber nicht veröffentlichten Antrag. Luneau will eine administrative Untersuchung. Die Versammlung entscheidet, daß im Laufe dieses Jahres eine parlamentarische Untersuchung aller Salzverhältnisse stattfinden soll. (Allgemeines Gelächter) Ich bringe das Gesammtgesetz zur Abstimmung.“ Die Versammlung nimmt dasselbe an. Die Sitzung wird um ¼ vor 6 Uhr geschlossen.

— Ueber die Großherzogin Stephanie aus Baden, die den Zeitungen zufolge verufen sein sollte, die Honneurs im Pallast Glysee-Bourbon zu machen, erfahre ich aus zuverlässiger Quelle, daß dieselbe bis in die letzte Zeit bei ihren süßlichen Verwandten in Gchingen sich aufhielt und von da nach Mannheim zurückzukehren gedachte, um später vielleicht ihrem Neffen in Paris einen Besuch abzustatten. Bis jetzt sieht sich der Präsident auf den guten Willen seiner Cousine, der Fürstin Demidoff, beschränkt. Diese schöne und lebenswürdige Dame lebt bekanntlich mit einem Jahrgelalt von 200,000 Franken, auf Befehl des Kaisers von Rußland von ihrem Gemahle getrennt, und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß der Fürst sich nicht in derselben Stadt aufhalten darf, wo seine Gemahlin lebt, zur Strafe dafür, daß er die Ehe geschlossen hatte, ohne die Erlaubniß des Czaren dazu einzuholen. Die Fürstin in ihrem Wittwenstande weiß sich indessen die Zeit so angenehm wie möglich zu machen: hauptsächlich spielt sie die Beschützerin der Wissenschaften und der Künste und mehrere die Kunst betreffenden Verordnungen und Anstellungen sollen von ihr ausgehen. (D. N.)

— Gestern war großer Empfang beim Präsidenten. Anwesend waren außer den Mitgliedern der Familie Bonaparte die Herren Dupin und Argout, so wie eine Menge Damen. Madame Drouyn de Lhuys, die Gattin des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, näherte sich einem Blumenkorbe, der auf einem Gestell prangte und den die Arbeiterinnen des Faubourg St. Antoine dem Präsidenten zum Geschenk gemacht hatten, nebst einem gestickten Portrait, das ihm die gestrige Deputation mit der Einschrift um Amnestie überreichte. Als Madame Drouyn de Lhuys an die Blumen roch, sagten einige in der Nähe stehende Deputirte, wie erzählt wird: „Das riecht nach Amnestie.“ „Ist möglich“, soll Herr Drouyn für seine Frau geantwertet haben, „aber Sie haben den Schnupfen.“

Italien.

Rom, den 6. Januar. Hier rüftet man sich zum Kriege. Ein Florenzer Blatt meldet: der Papst beabsichtige, Gaeta zu verlassen und eine Reise durch Frankreich und Deutschland zu machen, um die dort so sehr gefährdeten religiösen Gefühle wieder aufzurichten. — Die Auflösung der Regierungsjunta ist erfolgt. Auch Camerata hat sich, wie früher schon Corsini, zurückgezogen, und begiebt sich zu seinem Verwandten, dem Präsidenten der Französischen Republik, nach Paris. Galletti allein kann sie natürlich nicht halten. Erfahrmänner finden sich aber noch weniger, zumal sich der Geschnack der Wähler an politischen Neuerungen als abgestanden erwiesen hat. Von 10. bis 11,000 Mann Bürgerwehr waren keine 200 zur Feier der Constatante erschienen. — Zwischen der Lombardi und Piemont bereiten sich die Dinge täglich mehr zum Wiederbeginn des Krieges vor.

Florenz, den 8. Jan. Der Gesandte der Deutschen Central-

